

## GASTBEITRAG

# Schnelles Internet überall – für einen Breitband-Universaldienst

Eine stabile Internetversorgung ist das Rückgrat der modernen Gesellschaft. Schnelles Internet ist die Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine zukunftsfähige Infrastruktur ist für uns deshalb Teil der staatlichen Daseinsvorsorge.

Die Bundesregierung hat seit über zehn Jahren sämtliche Breitband-Versprechen gebrochen, die sie je gegeben hat. 2009 versprach sie, bis 2014 für eine Versorgung von 75 Prozent der Haushalte mit 50 MBit/sec. im Download zu sorgen, erreichte jedoch bis Ende 2014 nur 66,4 Prozent. Im Koalitionsvertrag von 2013 wurde dann eine flächendeckende Versorgung mit 50 MBit/sec. anvisiert; tatsächlich wurden es bis Ende 2018 nur 87,8 Prozent. 2018 setzte man noch eins drauf und kündigte „flächendeckende Glasfaser-Netze möglichst direkt bis zum Haus“ an. Mitte 2020 standen Gigabit-Bandbreiten nur für 55,9 Prozent der Haushalte zur Verfügung, in ländlichen Regionen sogar nur für 16,7 Prozent.

Statt immer neuer Gigabit-Versprechungen brauchen wir dringend eine solide Grundversorgung. Nicht jede Bürgerin, nicht einmal jedes Unternehmen braucht jetzt sofort einen Gigabit-Anschluss. Aber was alle brauchen, ist eine Downloadgeschwindigkeit zwischen 16 MBit und 30 MBit, die kontinuierlich nach oben angepasst werden muss, wenn sich die Nutzungsgewohnheiten ändern.

Wir wollen deshalb einen durchsetzungsstarken Internet-Universaldienst: einen Rechtsanspruch darauf, einen Anschluss zu bekommen, der mindestens so schnell ist wie die schon von der Mehrheit genutzten Leitungen. Und zwar ohne monatelange Prüfungen der Bundesnetzagentur und gerade auch in den

ländlichen Regionen, wo es sich für die Unternehmen wirtschaftlich nicht rechnet. Denn Daseinsvorsorge heißt: Es geht um die Überwindung der digitalen Kluft zwischen Stadt und Land.

Das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau werden wir so umgestalten, dass die am schlechtesten versorgten Regionen als erste zum Zuge kommen. Wir konzentrieren uns bis mindestens 2025 auf die ca. 6 Millionen Haushalte, die immer noch keine 30 MBit-Versorgung haben. So verhindern wir, dass mit staatlichen Mitteln zuerst dort weitergebaut wird, wo es heute schon Kabel- und/oder Vectoring-Anschlüsse gibt, die weit höhere Bandbreiten ermöglichen, nur weil der Ausbau dort profitabler ist.

Zur Grundversorgung sollte aus unserer Sicht auch der Mobilfunkbereich gehören. Wenn das nächste Mal Funkfrequenzen versteigert werden, muss es von Anfang an harte Sanktionen für Unternehmen geben, die ihre Versorgungszusagen nicht einhalten. Es braucht nicht jeder Küstenstrich und jedes Waldgebiet flächendeckend versorgt zu sein. Bahnstrecken, Straßen und besiedelte Regionen aber schon! Wo das den Unternehmen zu teuer wird, müssen sie gezwungen werden, die eigenen Netze für Kundinnen ihrer Konkurrenten zu öffnen. Die weißen Flecken, die dann noch übrig bleiben – weniger als 2 Prozent der Haushalte – schließen wir mit staatlichen Mitteln.

In dem neuen Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen braucht es diesen ernstgemeinten Schub im Netzausbau, den Internet-Universaldienst, eben weil das ein Teil der öffentlichen Infrastruktur ist.



**Michael Kellner**

Politischer Bundesgeschäftsführer  
von Bündnis 90/Die Grünen

Foto: Rasmus Tanck